

PROF. DR. KURT KOTRSCHAL

Der Verhaltensbiologe aus Österreich kennt die Vorteile und Gefahren in Mensch-Tier-Beziehungen aus Praxis und Forschung.

POSITION: »Die Gesellschaft sollte das Recht auf Hundehaltung akzeptieren und hundefreundlicher werden. Dann wird sie auch menschenfreundlicher.«

DR. SILKE WECHSUNG

Diplompsychologin, untersucht an der Universität Bonn die Qualität der Mensch-Hund-Beziehung.

POSITION: »Mit einem Führerschein für Hundehalter würden Aufgaben und Pflichten schon vor dem Hundeerwerb reflektiert.«

THOMAS SCHRÖDER

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Tierschutzbundes.

POSITION: »Politischer Aktionismus hilft nicht, die Ursachen von Problemen in den Griff zu bekommen. Tierheime prüfen schon lange bei der Vermittlung eines Hundes, ob ein Mensch mit einem Tier umgehen kann. So eine Kontrolle macht für alle Mensch-Hund-Gespanne Sinn.«

WIE GEHT ES HUND BEI UNS?

Fotos: PATRICK OHLIGSCHLÄGER
Text: KATE KITCHENHAM

KATE KITCHENHAM

Moderatorin dieses Talks, hat rund zwanzig Politiker eingeladen – und nur eine Zusage bekommen.

FRAGT SICH: »Warum scheuen so viele Politiker in Deutschland eine Stellungnahme zu dem Thema Hund?«

DR. CHRISTEL HAPPACH-KASAN

von der FDP-Bundestagsfraktion erklärt, warum es kein bundeseinheitliches Hundegesetz geben kann.

POSITION: »Eine einheitliche Bundeshundeverordnung ist nicht machbar, weil die Gefahrtierverordnung als Teil des Gefahrenabwehrrechts der Gesetzgebungskompetenz der Länder unterfällt.«

MICHAEL KROCKAUER

von der gemeinnützigen GmbH „Stadt & Hund“ kämpft in Berlin gegen Hundehaufen und für ein nettes Miteinander.

POSITION: »So wie Fahrradwege oder erste Kinderspielflächen wird sich das Einplanen von Räumen für Hunde in der Stadt durchsetzen müssen. Wenn der Bedürfnisdruck da ist, werden neue Elemente im Städtebau berücksichtigt.«

Seit zehn Jahren gibt es in fast allen Bundesländern in Deutschland Gesetze, die das Gassigehen straff regeln, bis hin zu Haltungsverboten für Rassen. DOGS fragt: Sind unsere Hundeverordnungen noch zeitgemäß?



DOGS: Vor zehn Jahren wurde Volkan, ein kleiner Junge aus Hamburg, von zwei Pitbullterriern getötet. In den meisten Bundesländern ist die Haltung dieser und anderer Rassen seitdem verboten. Ist es die Rasse, die einen Hund gefährlich macht?
KURT KOTRSCHAL: Prinzipiell nicht. Es ist die Sozialisierung, also die Art und Weise, wie ein Hund an unsere Gesellschaft

»Die soziale Inkompetenz wächst, einige Halter sind mit der Erziehung überfordert.«



KURT KOTRSCHAL
Verhaltensbiologe

gewöhnt und in ihr erzogen wird. Dazu kommt, dass Aggressionsbereitschaft sehr gut selektionierbar ist. Das bedeutet: In wenigen Generationen bekommen sie aus friedlichen Hunden ziemlich aggressive Exemplare gezüchtet. Oder umgekehrt: Es gibt Zuchtlinien von Staffordshire-Terriern, die ausgesprochen friedlich sind.
SILKE WECHSUNG: Das Problem ist nur: Die momentane Gesetzgebung mit Kampfhundelisten und der Bezeichnung „Kampfhund“ macht diese Tiere für ein bestimmtes Milieu erst interessant! Aber kampfbereite Leute können auch auf andere Rassen ausweichen. Seit in Frankreich einige verboten sind, ist dort sogar der Riesenschнауzer als „Kampfhund“ entdeckt worden. Viele Hunde lassen sich entsprechend abrichten, aber wenn man danach geht, müsste man diverse Hunderassen verbieten!
KOTRSCHAL: Jeder Hund ist potenziell gefährlich. Welpen bringen je nach Rasse bestimmte Anlagen mit, dazu hat jede Zuchtlinie ihre Spezialitäten und Eigenschaften. So kann ein Border Collie bei Unterforderung Stereotypen entwickeln und auf diese Weise auch gefährlich werden. Wenn der Hundehalter die Veranlagungen der Rasse kennt und entsprechend damit umgeht, gibt es aber keine Probleme.
THOMAS SCHRÖDER: Aber nahezu alle Landeshundeverordnungen beziehungsweise -gesetze sehen die Verantwortung von der Rasse, also vom Hund her. Das ist eine Scheinlösung, die den Bürgern Sicherheit geben soll. Nach dem Motto: Wenn diese Hunderasse weg ist, ist hier wieder alles in Ordnung. Es gibt doch aber viele Ursachen für die Gefährlichkeit eines Hundes, zum Beispiel menschliches Fehlverhalten oder Zuchtprobleme. Politisch ist das nicht richtig angegangen worden, und dass hier in dieser Runde kein Landespolitiker sitzt, hat mit Sicherheit damit etwas zu tun. Innenminister würden hier gehörig unter Druck geraten, weil sie selber wahrscheinlich nicht erklären können, warum sie oder ihre Vorgänger diese Gesetze beschlossen haben.
CHRISTEL HAPPACH-KASAN: In solchen Momenten, wie nach dem schrecklichen Vorfall in Hamburg, ist Politik natür-

lich auch Management von Emotionen. Rasselisten werden zu Recht kritisiert, denn wissenschaftlich gesehen kann jeder Hund gefährlich werden und jeder kann ein guter Hund sein. Trotzdem habe ich Verständnis, wenn Innenminister auf die Idee kommen, zum Schutz der Bevölkerung vor einem unsachgemäßen Gebrauch bestimmter Rassen Rasselisten zu erstellen. Die anderen damals diskutierten Wege, wie der Wesenstest für alle Hunde, sind leider nicht finanzierbar.
SCHRÖDER: Bis heute leiden die Tierheime unter den Rasselisten und der Hysterie um die angebliche Gefährlichkeit von Hunden. Es war fürchterlich, was wir in den letzten Jahren in Tierheimen erlebt haben: Die Verweildauer ist gestiegen, es reicht schon, wenn ein Hund besonders groß oder schwarz ist, um schwer vermittelbar zu sein. In den ersten Jahren haben wir versucht, innerhalb der Bundesländer untereinander Hunde zu tauschen. Große Hunde kamen in den ländlichen Bereich, kleine in die Stadt, viele davon waren vollkommen unauffällige Hunde. Die Tierheime sind nicht zuletzt die Leidträger dieser Gesetzgebung!
KOTRSCHAL: Der übliche Aktionismus, eine Rasseliste aufzustellen und einen Leinen- und Maulkorbzwang zu verordnen, ist einfach nicht zielführend. Viel mehr Sinn macht es, ein bestimmtes Milieu stärker unter die Lupe zu nehmen, nämlich jene Leute, die Hunde als Waffe einsetzen, oder Züchter, die Hunde in Massen produzieren.
SCHRÖDER: Wir werden niemals ein Gesetz finden, das Missbrauch zu hundert Prozent ausschließen kann. Es muss aber eine Regelung geschaffen werden, die offensichtliche Einfallstore für Missbrauch schließt. So haben wir beispielsweise in der Hobbyzucht die Maßnahme, dass jedes Züchten mit mehr als drei Zuchthunden gewerblich ist und behördlich registriert werden muss. Doch diese Regelung wird zum Schlupfloch für kriminelle Züchter: Sie brauchen nur mehrere Hündinnen auf Bekannte und Verwandte zu verteilen, und schon können sie unkontrolliert Hunde am Fließband produzieren. Deshalb fordern wir ein Heimtierzuchtgesetz, das die Zucht- und auch die Handelsbedingungen festlegt.

DOGS: Die meisten Hunde leben in Familien, dort passieren auch die meisten Unfälle. Betroffen sind dabei am häufigsten Kinder. Woran liegt das?
KOTRSCHAL: Probleme gibt es eben nicht nur in Milieus, in denen Hunde als Waffe gehalten werden. Für ungefähr vierhundert Hunde gibt es pro Jahr einen Beißvorfall. Dieser recht hohe Anteil passt zum gesamtgesellschaftlichen Trend: Wir erleben eine Epidemie der sozialen Inkompetenz. In den Siebzigern hatten wir Scheidungsraten von gut zwanzig Prozent, heute werden über fünfzig Prozent der Ehen getrennt. Diese Unsicherheit in sozialen Bindungen spiegelt sich auch in der Beziehung zum Hund: Früher war Erziehung selbstverständlich, jetzt fehlt Hundern häufig der akute soziale Bezug zum Besitzer. Da wird auch der Golden Retriever potenziell zum problematischen Hund, denn schlecht sozialisierte und erzogene Hunde beißen häufiger als andere.
WECHSUNG: Während unserer Forschungsarbeit ist uns aufgefallen, dass viele Eltern nicht verantwortungsbewusst mit der Hundehaltung umgehen. Die Eltern verstehen oft nicht, dass sie Hunde und kleine Kinder niemals allein lassen dürfen.
KOTRSCHAL: Ungefähr zwei Drittel aller Bisse passieren gegen Kinder und wiederum zwei Drittel aller Bisse gegen Kinder werden innerhalb der Familie gezählt. Gefährlich ist die Situation, in der ein Hund schon vorhanden ist und ein Baby dazukommt.
HAPPACH-KASAN: Die Verantwortung, Beißvorfälle zu vermeiden, liegt bei den Eltern. Gesetzliche Maßnahmen können da nicht greifen. Es muss Eltern klar sein, dass der Hund, egal wie lieb er ist, nie mit einem Säugling allein bleiben darf. Ärzte wie Tierärzte sollten darauf aufmerksam machen.
WECHSUNG: Die Beißstatistiken zeigen auch, dass dies sehr seltene Vorfälle sind, die nur von den Medien hochgepuscht werden.
HAPPACH-KASAN: Ich finde nicht, dass die Gefahr durch Hunde in den Medien übertrieben dargestellt wird, und ich finde gut, wenn sich Eltern dadurch ihrer Verantwortung bewusst werden.
DOGS: Berlin und Niedersachsen planen eine Überarbeitung ihrer Gesetze, poten-

»Verantwortungsbewusste Hundehalter werden in Deutschland diskriminiert.«

SILKE WECHSUNG
Psychologin



zielle Gefährlichkeit soll sich jetzt an der Hundegröße orientieren. Macht das Sinn?
WECHSUNG: Nein, denn diese Orientierung ignoriert wieder alle wissenschaftlichen Erkenntnisse. Der Fokus muss auf den Halter fallen statt auf Größe, Gewicht oder Rasse eines Hundes. Ich würde das Ganze viel präventiver angehen: Bevor sich jemand einen Hund anschaffen darf, muss ein Sachkundenachweis stattfinden. Zum Angeln brauche ich einen Angelschein, aber einen Hund kann ich mir einfach im nächsten Hinterhof kaufen, ohne mir jemals über Verhalten, Verantwortung oder Erziehung Gedanken gemacht haben zu müssen.
KOTRSCHAL: Was ist das Nächste? Muss man als Eltern einen Befähigungsschein erwerben, bevor man ein Kind zeugen darf? Wir sind dabei, aus einer bürgerlichen Gesellschaft eine Misstrauens- und Regulierungsgesellschaft zu machen. Es geht nicht darum, dass man noch mehr Regeln schafft, sondern dass wir bessere Rahmenbedingungen für Hundehaltung bekommen.
WECHSUNG: Sachkundenachweis oder Hunde-TÜV, das klingt nur im ersten Moment nach mehr Regulierung. Im Endeffekt

ist es aber weniger, denn die momentanen Gesetze schränken uns in unseren Freiheiten ein und sind kontraproduktiv. Was spricht dagegen, wenn alle Hundehalter nachweisen müssen, dass sie sich informiert haben? Wenn ich meinen Hund aber so erziehe, dass er niemanden belästigt, habe ich mir das Recht verdient, ihn ohne Leine laufen lassen zu können. Das ist keine Überregulierung, sondern es würde mehr Freiheit für mich und meinen Hund bedeuten!
HAPPACH-KASAN: Aber dann leben wir doch in einer Misstrauensgesellschaft, wenn ich erst einen Test machen muss, bevor ich mir einen Dackel anschaffen darf.
MICHAEL KROCKAUER: Ein freiwilliger Hundeführerschein wäre auf jeden Fall positiv, besonders wenn der Halter dafür mit einer Hundesteuerbefreiung belohnt wird, so wie zum Beispiel in Darmstadt (siehe Seite 61). Es sollten einfach Angebote da sein, die es dem Hundehalter erleichtern, sich rücksichtsvoll zu verhalten.
KOTRSCHAL: Generell ist ein Hundeführerschein gut, vor allem deshalb, weil er jeden dazu bringt, sich zumindest ein paar Stunden mit seinem Hund zu beschäftigen. 🐾

WECHSUNG: In Deutschland landen pro Jahr über 100 000 Hunde im Tierheim, und die sitzen dort, weil sich einige Hundehalter eben nicht der Verantwortung bewusst sind, die sie sich mit der Haltung aufbürden. In unserer Studie haben wir festgestellt, dass ein Viertel der Befragten nicht ausreichend informiert ist. Ich finde es wichtig im Sinne der Hunde und der Gesellschaft, dass dieses Grundwissen und diese Reflexion schon vor der Anschaffung vorhanden sind. **SCHRÖDER:** Wir brauchen sachkundige Hundehalter und den Nachweis über eine

»Deutschland braucht bundes-einheitliche Regelungen, die verbesserte Rahmenbedingungen für Hund und Mensch schaffen.«

THOMAS SCHRÖDER
Deutscher Tierschutzbund



Haftpflichtversicherung. Nicht wegen der Beißunfälle, viel häufiger sind die Gefährdungen im Alltag: Hunde können sich aus der Leine lösen, vor ein Auto springen, Fahrradfahrer zum Sturz bringen – ein Hund ist ein Verkehrsrisko. Dann brauchen wir Kennzeichnungs- und Registrierpflicht, damit auffällig gewordene Hunde weiter verfolgt werden können, um die Ursache erforschen zu können: Woher kommt der Hund? Gibt es da vielleicht immer noch eine Zucht, die nicht korrekt ist? Vielleicht läuft auch etwas in seinem Zuhause schief? **KOTRSCHAL:** In Österreich haben wir das Tierschutzgesetz und den Sachkundennachweis, wir haben die Versicherungs- und Chipmarkierungspflicht. Ob dadurch die Hundehaltung sicherer wird, das wissen wir erst in ein paar Jahren.

DOGS: Bundeseinheitliche Regelungen wie in Österreich – wäre das nicht auch für Deutschland sinnvoll?

HAPPACH-KASAN: Nein, das sollte weiterhin jedes Bundesland für sich regeln. Es ist ein Unterschied, ob ich mit einem großen Hund im ländlichen Schleswig-Holstein oder im Berliner Ballungsraum lebe.

SCHRÖDER: Aber was wir heute haben, ist verrückt: Ein Hund in Schleswig-Holstein soll gefährlicher sein als der in Thüringen, in Bayern ist er dann wieder ganz verboten!

DOGS: Könnte man nicht theoretisch eine Land- und eine Stadtregelung aufstellen?

HAPPACH-KASAN: Ich glaube, dass es gut ist, wenn jedes einzelne Bundesland die Hundeverordnung entsprechend der Bevölkerungsdichte regeln kann. Auch die Kommunen sollten selbst regeln dürfen, wie hoch die Hundesteuer ist.

SCHRÖDER: Bei allem Respekt für Föderalismus, aber wir brauchen einen bundesweit einheitlichen Rahmen, der Hundehaltung in Deutschland regelt. Es muss von der Politik endlich deutlich signalisiert werden: Wir wollen Hunde in Deutschland. Die Rahmenbedingungen sollten vorgegeben sein, die dann von der Kommune jeweils angepasst werden können. Der Deutsche Tierschutzbund hat schon vor dreißig Jahren ein Heimtiergesetz gefordert: Wer ein Tier hat, übernimmt Verantwortung und braucht

dafür Sachkunde. Bei Hunden gilt das umso mehr, da sie viel draußen sind und Mitmenschen dadurch betroffen sein können. Aber die derzeitigen Regeln und Haltungsverbote für Rassen haben nur zu einer schlechten Stimmung gegen Hundehalter geführt.

HAPPACH-KASAN: Keine Frage, wir wollen Hunde in Deutschland. Ein einheitlicher Gesetzesrahmen, der dann von den Ländern ausgefüllt wird, ist nach der letzten Föderalismuskommission schwer durchsetzbar. Durch die unterschiedlichen Verordnungen kann aber auch ein positiver Wettbewerb entstehen! Das zeigt zum Beispiel Thüringen, das keine Rasseregelung hat und damit sehr gut fährt!

SCHRÖDER: Aber was ist, wenn ich beruflich umziehen muss, zum Beispiel mit Rottweiler von Niedersachsen nach Bayern. Es gibt Menschen, die ihren Hund abgeben müssen, weil er dort ein Listenhund ist und sie mit ihm keine Wohnung finden. Das sind Folgen dieser föderalen Gesetzgebung.

WECHSUNG: Besonders schade ist, dass sich im Zuge der neuen Landeshundeverordnungen die Stimmung der Nichthundehalter gegenüber Hunden verschlechtert hat. Durch die Restriktionen wird ja vermittelt, dass Hunde gefährlich sind und man sie eigentlich aus der Öffentlichkeit verdrängen möchte. Eine Gesellschaft muss sich aber dazu bekennen, dass sie Hunde will, sie muss ganz klar sehen, welche Vorteile Hunde in der Stadt haben können!

HAPPACH-KASAN: Es ist unumstritten, dass Hunde zur Gesellschaft gehören, dass wir Rahmenbedingungen schaffen müssen, die es ermöglichen, Hunde zu halten.

KROCKAUER: Ich denke auch, dass durch die Gesetze bei Hunde-Laien die Ängste größer geworden sind. Es gibt viele Leute, die mit Hunden nichts anfangen können und aggressiv reagieren, wenn sie glauben, ein Hund sollte angeleint sein.

WECHSUNG: Versuchen Sie mal, mit Menschen zu reden, die etwas gegen Hunde haben. Die stützen sich in ihrer Argumentation sofort auf Gesetze, fordern, dass der Hund verschwindet oder angeleint wird. Solche Gesetze verhindern Dialog und Selbstverantwortung auf beiden Seiten. 🐕

MEHR SCHEIN ALS SEIN?

In vielen Bundesländern dürfen Hunde ohne Leine laufen, wenn Herrchen den HUNDEFÜHRERSCHEIN vorweisen kann. Den bestehen aber auch Vierbeiner, die wenig kontrollierbar oder sozialverträglich sind. Was läuft hier schief?

Neulich war ich mit meiner Familie bei einer Geburtstagsfeier. Gerade durchschritten wir die Gartenpforte, da galoppierte ein Hund bellend auf uns zu. Weiter hinten auf dem Rasen winkte sein Frauchen und rief: „Bleibt still stehen und lasst die Hände unten!“ Mein Mann befolgte die Anweisung. Der Hund bremste ab, schnupperte an seiner Hand – und schnappte zu.

Dass dieser Hund mit der Begrüßung von Gästen überfordert ist, scheint offensichtlich. Viel bedenklicher für die Öffentlichkeit: Sein Frauchen hat die Situation ganz anders eingeschätzt. „Er hat immerhin den Hamburger Hundeführerschein bestanden“, rechtfertigte sie den Freilauf. Man stelle sich vor, dieser Hund begegnet Kindergartenkindern, die mit hoch gehaltenen Händen durcheinanderlaufen: Wenn Halter trotz bestandener Prüfung nicht gelernt haben, ihren Hund richtig einzuschätzen, was ist dieses Dokument dann wert? Eine Frage, die sich DOGS-Experten schon lange stellen. Ihre Kritik klingt plausibel.

WER PRÜFT HIER EIGENTLICH?

Ursprünglich wollte zum Beispiel Hamburg mit dem Hundeführerschein die Hansestadt sicherer machen. Um Halter zur Prüfungsteilnahme zu motivieren, winkt der Senat deshalb mit einer Befreiung von der Anleinplicht nach bestandenen Test. Zweifelsfrei ein guter Ansatz, doch es gibt einen wesentlichen Unterschied zu anderen Lizenzen wie dem Autoführerschein: Die Prüfung kann vom eigenen Hundetrainer abgenommen werden. Auch wenn dieser dem Senat gegenüber einmal im Jahr nachweisen muss, dass er sich im Bereich Training weiter fortbildet, eine Überprüfung seiner Prüfungen findet in der Regel nicht statt. Das ist praktisch – und kann gut für das Geschäft sein: „Trainer

möchten in der Hundeszene weiterempfohlen werden. Ein paar schwarze Schafe unter ihnen lassen deshalb auch Hunde bestehen, die offensichtlich besser an der Leine bleiben sollten“, vermutet Hundetrainer Michael Grewe, Inhaber des Canis-Zentrums für Kynologie.

TESTS UNTERSCHIEDEN SICH

Ein weiteres Problem bei der derzeitigen Prüfpraxis in Deutschland sehen Experten in den unterschiedlichen Prüfungsanforderungen: „Einheitliche Testinhalte für die theoretische und praktische Prüfung sind wichtig“, meint Grewe. Denn hier gibt es große Unterschiede. Während bei der einen Hundeschule neben dem theoretischen Test ein kurzer Gang um den Häuserblock und die Gehorsamsprüfung auf dem Platz ausreichen, um den Schein zu bekommen, müssen sich bei anderen Schulen Hund und Halter in unterschiedlichsten Alltagssituationen als gutes Team unter Beweis stellen. „Prüfungen, die behördlich anerkannt werden, müssen bundesweit inhaltlich übereinstimmen“, findet Michael Grewe. „Sonst wird der Hundeführerschein, den ich in Hessen gemacht habe, in Nordrhein-Westfalen womöglich nicht anerkannt.“ Objektivität in der Prüfsituation ist also gefragt.

WAS SICHERHEIT VERLANGT

Verbände wie der BHV (Berufsverband der HundeezieherInnen und VerhaltensberaterInnen), VDH (Verband für das Deutsche Hundewesen) und BVZ (Berufsverband zertifizierter Hundeschulen) bestehen schon seit Jahren auf externe Prüfer bei der Abnahme der Prüfung. Besonders unbefangen geht es beim Führerscheinmodell des BHV zu: Die teilnehmenden Hundeschulen melden ihre Prüftermine an, von der Geschäftsstelle werden dann Prüfer zum Gehorsamkeitscheck geschickt. „Dadurch habe ich als

Trainer keinen Einfluss darauf, wer meine Kunden examinieren wird“, erklärt Christine Dahms, die in ihrer Lüneburger Hundeschule den BHV-Hundeführerscheinkurs anbietet. „Die Regelung, dass externe Prüfer einen anspruchsvollen Test abnehmen, sollte bundesweit gelten“, meint auch **Udo Kopernik, Pressesprecher des VDH.** „Nur so kann eine objektive Bewertung der Menschen-Hunde-Teams sichergestellt werden.“ Einige Kommunen wie Darmstadt haben diesen Zusammenhang bereits erkannt. Sie unterstützen das Prüfsystem und stellen sogar das Wegfallen der Hundesteuer in Aussicht, wenn sich Hund und Halter alle zwei Jahre im Teamtest von einem unabhängigen, beim VDH-zertifizierten Prüfer begutachten lassen. Das ist ein Modell für die Zukunft, das als bundesweite Regelung zu mehr Sein für den Schein verhelfen kann. 🐕

INFO

DER HUNDEFÜHRERSCHEIN soll bescheinigen, dass der Halter seinen Hund im Alltag unter Kontrolle hat und dass sein Hund weder Menschen noch Tiere gefährdet. Die Anerkennung von Hundeführerscheinen als Nachweis für gesetzlich geforderte Prüfungen von Hundeführer und Hund wird jeweils von den Behörden auf der Basis der Hundegesetze vorgenommen. Bundeseinheitliche Regelungen existieren in Deutschland nicht. **ZUM VERGLEICH** In der Schweiz ist ein Hundeführerschein Pflicht für alle ab September 2008 neu angeschafften Hunde, seit 2010 ist er schon vor dem Kauf eines Hundes zu absolvieren. In Wien werden seit 2006 die Besitzer eines Hundeführerscheins für ein Jahr von der Hundesteuer befreit. In Frankreich ist seit dem Jahr 2007 ein Hundeführerschein Pflichtauflage für alle, die einen sogenannten Kampf- oder Wachhund besitzen.

KROCKAUER: Politik ist das Sprachrohr der Gesellschaft, deshalb sollte sie vermitteln: Ja, wir möchten Hunde, sie sind für unsere Gesellschaft wertvoll. Nicht für jeden und nicht jeder Hund, aber die Hundehaltung an sich gehört zum Menschen dazu.

DOGS: Die „Pedigree“-Studie 2007 zeigt, dass sich 63 Prozent der Hundehalter in ihrem Alltag schikaniert fühlen. Erleben Sie das in Köln auch so?

WECHSUNG: Ja, besonders wenn es darum geht, auf welche Weise die Verordnungen überwacht werden. Ich habe erlebt, dass Ordnungsbeamte morgens bei strömendem Regen im menschenleeren Park Bußgeldbescheide an jeden verteilen, dessen Hund die Grenze zur Freilaufwiese um drei Meter überschreitet. Natürlich fehlt bei solchen Vorgehensweisen Haltern die Einsicht, dass diese Maßnahme dem Erhalt der Sicherheit dient. So etwas wird als Schikane erlebt.

HAPPACH-KASAN: Leider gibt es Behördenvertreter, die Gesetze etwas übertrieben interpretieren, da gebe ich Ihnen völlig Recht. So macht das wirklich wenig Sinn.

WECHSUNG: Man kann Menschen auch nicht überzeugen, indem man ihnen Gesetze auferlegt, die sie massiv in ihrer Freiheit einschränken. Sie müssen überzeugt werden, damit sie den Sinn darin erkennen. Ansonsten erzeugt man eine innere Ablehnung, die verhindert, dass Selbstverantwortung übernommen werden kann. Da halten sich Menschen aus Protest nicht an die Gesetze, weil sie die als ungerecht empfinden.

KOTRSCHAL: Stimmt, je strenger die Verordnung, desto weniger wird sie befolgt. **KROCKAUER:** Mich erstaunt, wie vernünftig Hundehalter sind, sobald es ein Angebot gibt. Gerade das Kotproblem wurde in Berlin über Jahrzehnte verschleppt. Meine Erfahrung: Sobald durch die lokale Politik Beutelspender aufgestellt werden, wird das Angebot freudig angenommen.

KOTRSCHAL: Wo wir gerade von Geld und Akzeptanz sprechen: Die Politik sollte realisieren, dass Hundehaltung wichtig ist, vom sozialen Bereich bis hinein in die Sozioökonomie. Es gibt viele Daten, die zeigen, dass ein Zusammenleben mit Hund soziale Fähigkeiten schult (*mehr zum Thema ab*

»Jedes Bundesland sollte entsprechend seiner Gegebenheiten den Rahmen für die Hundehaltung setzen.«



CHRISTEL HAPPACH-KASAN
FDP-Bundestagsfraktion

Seite 110). Auf der anderen Seite haben Studien ergeben, dass von Mitteleuropa über Amerika bis nach China Hundehalter zwischen 7 und 18 Prozent weniger Arztbesuche absolvieren. Für Deutschland ergäbe das eine Ersparnis von etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr. Gleichzeitig beschäftigt die Firma Hund deutschlandweit gut 100 000 Menschen und macht einen jährlichen Umsatz von mindestens 5 Milliarden Euro. Wenn also gewisse Bürgermeister Halter und ihre Hunde mit Leinen- und Maulkorbzwang schikanieren, ist ihnen wohl nicht klar, welchen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schaden sie anrichten. **SCHRÖDER:** In Berlin werden beispielsweise sehr viele Wohnungen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus vermietet. Es gibt sechs landeseigene Wohnungsgesellschaften, die jeweils 50 000 bis 60 000 Mietwohnungen besitzen, für die schon per se ein Haltungsverbot besteht. Dieses ständige Handeln gegen Hundehaltung macht müde. Ich würde am liebsten alle Tierheimhunde, die aufgrund von Gesetzen und schlechter

Stimmung gegen Hunde abgegeben werden, ins Rathaus bringen und den Verantwortlichen sagen: Hier, regelt das alleine.

KROCKAUER: In Berlin gibt es Parks, die für Hunde komplett verboten sind. Das ist ein Absurdum. Das ist ja so, als würde Hundehaltern vorab etwas Böses unterstellt.

WECHSUNG: Der durchschnittliche Bundesbürger überschätzt doch das faktische Gefährdungspotenzial von Hunden, das ja tatsächlich sehr klein ist, wenn man sich die Statistiken anschaut. Ich persönlich glaube, dass es gar nicht diese dramatischen Beißvorfälle sind, sondern dass sich viele Nichthundehalter von Hunden bedrängt fühlen, ohne dass es zu Beißvorfällen kommt. Das tägliche Miteinander leidet, wenn Menschen angebellt, beim Fahrradfahren verfolgt werden und ein fremder Hund neben mir auf der Liegewiese sein Häufchen hinsetzt.

KROCKAUER: Aus meiner Erfahrung in Berlin kann ich sagen: Es gibt Parks mit frei laufenden Hunden, und das stört keinen, weil überall Beutelspender stehen. Verhalten sich Halter rücksichtsvoll, werden die Hunde

schnell ganz anders akzeptiert. Gehorcht der Hund, müssen sie ihn nicht anleinen. Das ist ein selbstverantwortlicher, sich entwickelnder Prozess von beiden Seiten.

KOTRSCHAL: Was in diesen Diskussionen viel zu kurz kommt: Die Zahl der positiven Interaktionen, die durch Hunde ausgelöst werden, sind viel häufiger als die Zahl der Auseinandersetzungen. Hunde wirken in der Stadt überwiegend eben nicht als Störfaktor, sondern als positiver Sozialfaktor, sozusagen als soziales Schmiermittel!

DOGS: Wie könnten Kommunen für eine bessere Akzeptanz von Hunden sorgen?

KROCKAUER: Zum Beispiel durch das Einplanen von Räumen für Hunde in der Stadt. Urbane Gesellschaften verändern sich. Genau wie seit den Sechzigerjahren immer mehr Menschen Fahrrad fahren und dadurch das Einplanen von Fahrradwegen selbstverständlich geworden ist oder dass man mehr und schönere Kinderspielplätze errichtet hat, sollten auch Hundehalter nicht als Randerscheinung verstanden wer-

den. Die bilden eine große Masse mit einem Bedürfnisdruck, der langfristig bei der Stadtplanung berücksichtigt werden muss.

KOTRSCHAL: Und mehr Wissen über Hundeverhalten muss gefördert werden. Wir leben mit Hunden je nach Datenlage zwischen 16 000 und 60 000 Jahren zusammen. Das bedeutet: Hunde haben die gesamte Kulturevolution des Menschen begleitet. Es gibt keine menschlichen Gesellschaften ohne Hunde. Hundehaltung ist also so etwas wie ein basales Menschenrecht. Ich würde deshalb sogar von Nichthundehaltern verlangen, dass sie eine gewisse Kompetenz entwickeln im Umgang mit Hunden. Ich kann ja heute auch nicht auf die Straße gehen und behaupten, nur weil ich kein Auto und Fahrrad besitze, geht mich auch die Straßenverkehrsordnung nichts an.

HAPPACH-KASAN: Da muss ich widersprechen. Ich sehe es als wünschenswert an, wenn mehr Menschen das Verhalten von Hunden richtig interpretieren können. Das baut auch Ängste ab. Eine Forderung an

die Nichthundehalter kann man daraus aber nicht ableiten. Ich finde, dass hier die Hundevereine gehalten sind, aufzuklären und sich am gesellschaftlichen Diskurs stärker zu beteiligen. Dort liegt die Verantwortung viel stärker als bei den Nichthundehaltern.

KROCKAUER: Aber der Dialog muss gefördert werden. Damit diese Annäherung ermöglicht wird, wurden in Berlin-Reinickendorf Hundegärten eingerichtet. Die liegen ganz absichtlich nicht in dunklen Parkecken, sondern zentral am Parkeingang. Das Gelände ist eingezäunt, es gibt Agility-Geräte, einen Buddelbereich, eine Tobewiese und Sitzgelegenheiten für die Halter. Parkbesucher oder Kindergartengruppen können sich außerhalb auf Bänke setzen und die Hunde beim Spielen beobachten. So kommen Menschen häufig ins Gespräch, was hilft, das Verhältnis zu entkrampfen.

WECHSUNG: Solche Ideen wie bei Ihnen in Berlin vermissen wir in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen. Da 🐕

HUNDEWELT IN ZAHLEN

40 Zentimeter Höhe und 20 Kilogramm Gewicht ist die Grenze, ab der Hunde in Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen als potenziell gefährlich gelten.

26 Prozent der von Hundeverhaltensforscherin Dr. Dorit Feddersen-Petersen begutachteten Fälle von Körperverletzung durch Hundebisse geschahen aufgrund von mangelhaftem Wissen der Hundehalter zum Verhalten ihres Tiers und infolge mangelnder Aufsicht.

7 Mensch wurde 2008 durch einen Hund getötet. Das ist sehr traurig. Zum Vergleich: Im Straßenverkehr verloren im gleichen Jahr 4477 Menschen ihr Leben.

10 Millionen Menschen haben rund 5,5 Millionen Hunde. Trotz dieser großen Bevölkerungsgruppe gibt es immer noch Parkanlagen mit Hundeverbot und Mietverträge, die Hundehaltung untersagen.

13 Prozent der Haushalte haben in Deutschland einen Hund. Zum Vergleich: In Frankreich leben in 38 Prozent der Wohnungen Hunde – ohne dass für Vierbeiner Steuern gezahlt werden müssen.

244 Millionen Euro hat die Hundesteuer 2008 in die Kassen der Gemeinden gespült – wozu das Geld verwendet wird, entscheiden allein die Kommunen.

12 000 Hunde lebten 2009 nicht bei einer Familie, sondern in einem der rund 800 Tierheime Deutschlands.

»Wenn es mehr Angebote gibt, verhalten sich Hundehalter ganz von allein viel verantwortlicher.«



MICHAEL KROCKAUER
Stadt & Hund, Berlin

sind häufig winzige Areale als Flächen für den Hundefreilauf gekennzeichnet, in denen man Hunde niemals artgerecht spielen lassen kann. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn Hundehalter da Gesetze nicht beachten und ihren Hund einfach von der Leine lassen. Ich denke, es müsste in öffentlichen Grünanlagen beides geben, sowohl große Auslaufzonen, in denen Halter ihre Tiere rücksichtsvoll, aber ohne Leine laufen lassen können, wie auch Gebiete für Nichthundehalter oder Hundephobiker, in denen Hunde dann ganz verboten sind.

SCHRÖDER: Hier sind für mich die Politiker gefragt: Wir brauchen mehr Akzeptanz für und mehr Wissen über Hunde in Deutschland. Deshalb sollte schon von Kindesbeinen an in Schulen im Fach Tierchutz unter anderem über typische Verhaltensweisen von Hunden informiert und aufgeklärt werden. Das gibt es bereits, sollte aber verstärkt werden. Damit ließen sich auch viele Unfälle verhindern, die aus Fehleinschätzungen von Verhalten entstehen.

KOTRSCHAL: In Österreich gibt es unter anderem den Verein „Tierschutz macht Schule“, der behördlich verankert ist. Das würde ich für eine bessere Lösung halten als noch mehr Stoff für die ohnehin schon zu vollen Lehrpläne zu fordern.

HAPPACH-KASAN: Hunde in unserer Gesellschaft sind ein wichtiges Thema, das durch ehrenamtliche Initiativen von außen an Schulen herangetragen werden sollte. So können Kinder lernen, das Verhalten von Hunden richtig zu interpretieren. Auch ich sehe hier die Kommunen in der Pflicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Miteinander und Verständnis zwischen Menschen mit und ohne Hund gestärkt wird.

SCHRÖDER: Aber das ist bislang vernachlässigt worden. Wenn wir Hundehaltung weiterhin so restriktiv behandeln, wie das in den letzten zehn Jahren geschehen ist, werden wir in fünfzehn Jahren sehen, welchen Stellenwert Hunde in einer Gesellschaft haben, deren junge Erwachsene mit dieser Sicht auf Hunde aufgewachsen sind. 🐕

INFORMATIONEN SEITE 124

DIE DOGS-PETITION FÜR EINE EINHEITLICHE HUNDEVERORDNUNG

Rund fünf Milliarden Euro Umsatz erbringt Hundehaltung der deutschen Wirtschaft im Jahr. Hinzu kommt der gesellschaftliche Nutzen: Hunde sorgen durch ihr überwiegend freundliches Wesen jeden Tag für unzählige positive zwischenmenschliche Kontakte. Politiker müssen endlich damit beginnen, Hundehaltung als Bestandteil unserer Gesellschaft zu fördern, anstatt Menschen das Leben mit Hunden schwer zu machen. Was wir brauchen, sind bundeseinheitliche Rahmenbedingungen, die das friedliche Miteinander von Hundefreunden und Nichthundehaltern fördern.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE DOGS-PETITION!

KLICKEN SIE AUF WWW.DOGS-MAGAZIN.DE/PETITION

Dort finden Sie den Link zur DOGS-Petition und können mit Ihrem Namen für bessere Rahmenbedingungen zur Hundehaltung in Deutschland zeichnen. Leiten Sie den Link auch an Gleichgesinnte weiter: Ab 50 000 Unterzeichnern innerhalb von sechs Wochen wird die DOGS-Petition im Bundestag besprochen.

DAS FORDERN WIR:

1. EINE BUNDESHUNDEVERORDNUNG Sie gibt einen einheitlichen Rahmen für Länder und Kommunen vor, der Hundehaltung in Deutschland regelt. Dabei kann es durchaus eine Anpassung an die unterschiedlichen Bedingungen in der Stadt und in ländlichen Regionen geben.

2. DIE ABSCHAFFUNG VON RASSELISTEN sowie Größenklassen! Stattdessen muss die Verantwortung für friedliche und gut erzogene Hunde beim Halter gesehen werden. Um dieses zu erreichen, wird ein Hunde-Wissenstest staatlich gefördert. Er belegt, dass beim Besitzer ausreichend Wissen über Hundeverhalten, Hundeerziehung und verantwortliches Handeln vorhanden ist. Um einen weiteren Anreiz zu geben, können Prüfungsgebühren mit der Hundesteuer verrechnet werden.
3. MEHR FREILAUF FÜR HUNDE! Hundehalter, die ihre Sachkunde nachweisen, können sich damit das Recht erwerben, den Hund in den meisten Gebieten öffentlicher Grünanlagen frei laufen zu lassen.
4. KENNZEICHNUNGS- UND REGISTRIERUNGSPFLICHT für alle Hunde! So kann bei Hunden, die sich auffällig verhalten, Ursachenforschung betrieben werden. Hier wird auch eine Verzahnung von Tierarztpraxen mit Registrierungsstellen angeregt, damit der Tierarzt bei offensichtlicher Misshandlung öffentliche Stellen aufmerksam machen kann.
5. EINE HAFTPFLICHTVERSICHERUNGSPFLICHT nicht nur für Listenhunde. Denn alle Hunde stellen ein Verkehrsrisiko dar.
6. EIN HEIMTIERZUCHTGESETZ, das Hundezucht und -handel so regelt, dass potenzielle Aggressions- und Massenzuchten, insbesondere aus dem Ausland, minimiert werden können.

HELFEN SIE MIT!